

Dr. jur. Markus Frhr. v. Thannhausen
Justitiar des Bistums Speyer a.D.
- Lehrbeauftragter Universität Speyer -

Public-Church-Partnership

- Zusammenarbeit von Staat und Kirchen im Sozial- und
Bildungsbereich -

- Gliederung -

EINFÜHRUNG

KAPITEL 1 : GRUNDLAGEN DER KOOPERATION

A) Rechtliche Grundlagen

I. Die staatskirchenrechtlichen Quellen

1. Staatliche Rechtsnormen
2. Vertragliche Regelungen

II. Die Prinzipien des deutschen Staatskirchenrechts

1. Öffentlich-rechtlicher Status der Kirchen
2. Die Religions- und Kirchenfreiheit
3. Besondere öffentliche Stellung der Kirchen und Verbindungen dieser mit dem Staat auf bestimmten Gebieten

III. Kirchliches Organisationsrecht

1. Juristische Personen des öffentlichen Rechts
2. Private Organisationsformen
3. Die religiösen Orden
4. Kirchlicher Dienst als öffentlicher Dienst

IV. Die Finanzierung der Kirchen

1. Die Staatsleistungen
2. Die Kirchensteuer

V. Kirchliches Meldewesen und kirchlicher Datenschutz

1. Kirchliches Meldewesen
2. Kirchlicher Datenschutz
3. Das Personenstandswesen

VI. Kollektives Arbeitsrecht der Kirchen

VII. Die Anstaltsseelsorge

VIII. Die kirchliche Verfassungsbeschwerde

IX. Zusammenfassung zu den rechtlichen Grundlagen

B) Historische Grundlagen

I. Der neue Dualismus als Abkehr von der antiken Polis-Religion
(Zeitraum von 30 - 1517)

II. Die Ausklammerung der religiösen Wahrheitsfrage durch den souveränen Staat
(Zeitraum von 1517 - 1789)

III. Das Ende des christlichen Staates durch die Trennung von Staat und Kirche
(Zeitraum von 1789 - 1918)

IV. Von Weimar zu Bonn
(1919 - 1949 - Gegenwart)

1. Die Weimarer Verfassung
2. Die Religionspolitik der Weimarer Republik
3. Die Zeit nach 1945 und die Bundesrepublik Deutschland

V. Der moderne Staat als säkularisierter Staat
(Resümee)

C) Strukturelle Grundlagen

I. Gemeinsame Angelegenheiten oder "res mixtae"

II. Kircheneigene Einrichtungen

III. Die Bedeutung der Kirchen im sozialen und erzieherischen Bereich

1. Der soziale Bereich
2. Der Bildungsbereich

IV. Öffentliche Aufgaben und staatliche Förderung

KAPITEL 2: KOOPERATION IM SOZIALEN BEREICH

A) Die kirchlichen Wohlfahrtsverbände in Deutschland

I. Der Deutsche Caritasverband

II. Das Diakonische Werk

III. Anerkannte Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege

IV. Unterschiedliche Legitimationen bei Staat und Kirchen

1. Die kirchliche Legitimationsgrundlage
2. Die staatliche Legitimationsgrundlage

B) Verfassungsrechtliche Grundlagen

I. Das Sozialstaatsprinzip

II. Das Subsidiaritätsprinzip

III. Die Religions- und Kirchenfreiheit

C) Die sozialen Dienste und Einrichtungen der Kirchen im System des Sozialgesetzbuches

I. Die Struktur des SGB

II. Das Leistungserbringungsrecht des SGB

1. Das sozialrechtliche Dreieck im Allgemeinen
2. Das sozialrechtliche Dreieck am Beispiel des SGB V

3. Dualismus versus Monismus

III. Soziale Hilfebereiche in kirchlicher Trägerschaft

D) Kirchenautonomie versus staatliches Sozialsystem

I. Das sozialstaatliche System

1. Das sozialrechtliche Dreieck
2. Die staatliche Gesamtverantwortung

II. Vereinbarkeit mit der Kirchenautonomie

(Abgrenzung von kirchlichem und staatlichem Aufgaben- und Rechtskreis)

E) Unterschiedliche Rechtsformen der Träger kirchlich-sozialer Dienste und Einrichtungen, ihre Zuordnung zur verfassten Kirche und wirtschaftliche Kontrolle

I. Die unterschiedlichen Rechtsformen

II. Verfassungsrechtliche Zuordnung zur verfassten Kirche

III. Wahrnehmung der wirtschaftlichen Verantwortung

F) Staatliche Aufsicht

I. Staatliche Rechnungsprüfung

1. Die staatlichen Haushaltsordnungen (Bund/Länder) als Schrankengesetze
2. Kircheneigene Rechnungsprüfung

II. Die staatliche Heimaufsicht

1. Die Aufsicht nach §§ 15 ff. HeimG
2. Aufsicht nach den §§ 45 ff. SGB VIII
3. Heimaufsicht als Schranke im Sinne von Artikel 137 Abs. 3 WRV

III. Prüfungen bezüglich Wirtschaftlichkeit und Qualität durch die Kostenträger

- Exkurs -

KAPITEL 3: KOOPERATION IM BILDUNGSBEREICH

A) Kirchen und Schulen

I. Verfassungsrechtliche Grundlagen

II. Die Kirchen als Träger von Schulen

1. Staatliche Rechts- und Mitwirkungsakte
2. Finanzierung
3. Staatliche Aufsicht
4. Eltern und Schüler
5. Kirchliche Rechtssetzung

III. Der Religionsunterricht

1. Der Religionsunterricht als „res mixta“
2. Schaffung der organisatorischen Voraussetzungen und das Übereinstimmungsgebot
3. Nichtkirchlicher bzw. nichtchristlicher Religionsunterricht

IV. Sonstige Rechtsfragen im Schulbereich

1. Die christlichen Bezüge in der Gemeinschaftsschule
2. Die negative Religionsfreiheit

B) Kirchen und Hochschulen

I. Staatliche Lehrstühle mit kirchlicher Bindung

1. Die theologischen Fakultäten
2. Theologische Lehrstühle in anderen Fakultäten
3. Die sogenannten Konkordatslehrstühle

II. Kirchliche Hochschulen

1. Theologische Seminare und philosophische Hochschulen für die Ausbildung von Geistlichen
2. Kirchliche Hochschulen und Fachhochschulen als staatlich anerkannte Ersatzhochschulen

C) Staatliches Bildungsrecht versus Kirchenautonomie

I. Das staatliche Bildungsrecht

1. Religionsunterricht und kirchlich gebundene staatliche Lehrstühle
2. Schulen und Hochschulen in kirchlicher Trägerschaft

II. Vereinbarkeit mit der Kirchenautonomie

1. Kirchlicher Aufgaben- und Rechtskreis
2. Staatlicher Aufgaben- und Rechtskreis

KAPITEL 4: SONDERFRAGEN DER KOOPERATION

A) Die Europäische Dimension

I. Die Ausgangslage

II. Religionsfreiheit und Selbstbestimmungsrecht

III. Auswirkungen in einzelnen Bereichen

1. Das Verbot staatlicher Beihilfen
2. Die Kirchenfinanzierung
3. Das Arbeitsrecht

B) Kirchliches Arbeitsrecht in Deutschland

I. Grundlagen des kirchlichen Arbeitsrechts

1. Die kirchliche Dienstgemeinschaft
2. Kirchliche Dienstgemeinschaft und kollektives Arbeitsrecht
3. Kirchliche Dienstgemeinschaft und Individualarbeitsrecht

II. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zum kirchlichen Arbeitsrecht auf dem Prüfstand der europäischen Rechtsprechung

1. Der Beschluss des 2. Senats vom 4. Juni 1985
2. Korrektur durch den EGMR

III. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum kirchlichen Arbeitsrecht in der Kritik der Literatur

1. Darstellung der Kritik
2. Stellungnahme

C) Der Islam in Deutschland

D) Die Anstaltsseelsorge

I. Die Militärseelsorge

II. Die Seelsorge im Bereich der Polizei

III. Die Seelsorge in Strafanstalten

E) Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu Artikel 137 Abs. 3 WRV in der Kritik der Literatur

I. Darstellung der Kritik

1. Die Angelegenheiten einer Religionsgesellschaft
2. Die für alle geltenden Gesetze

II. Stellungnahme

1. Zur Schrankenklauseel
2. Zu den Angelegenheiten der Religionsgesellschaften
3. Folgerungen für das individuelle Arbeitsrecht

ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK